

Die Wahrscheinlichkeit, mindestens einmal im Leben an einer psychischen Störung zu erkranken, wird sogar auf 43 % beziffert. Die Kosten für Diagnostik und Behandlung psychischer Erkrankungen werden dabei in Deutschland auf ca. 10 % der Kosten in der GKV geschätzt. Neben den direkten Behandlungskosten kommen bei einer Reihe psychischer Störungen in erheblichem Umfang weitere indirekte Kosten durch Minderung der Arbeitsproduktivität, Frühberentungen und Arbeitslosigkeit hinzu.

Etwa ein Drittel der Bevölkerung leidet im Laufe des Lebens an einer psychischen Störung unterschiedlichen Schweregrades und unterschiedlicher Dauer. Unter Bezugnahme auf die jährliche Rate der Neuerkrankungen und die Dauer der Erkrankung/Behinderung ist davon auszugehen, dass aktuell etwa 400.000 bis 500.000 Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland von einer chronisch verlaufenden psychischen Erkrankung betroffen sind und längerfristig je nach den individuellen Erfordernissen Leistungen zur Krankenbehandlung, Rehabilitation und Teilnahme am Leben in der Gesellschaft benötigen.

Diese Zahlen bewegen nicht nur Gesundheitsökonominnen oder die betroffenen Arztgruppen (Psychiater, Psychotherapeuten, Arbeits- und Betriebsmediziner sowie Hausärzte). Aufgrund von Schwere, Brisanz und Tragweite unseres heutigen Themas hat sich der 109. Deutsche Ärztetag 2006 in einem eigenen TOP damit befasst und neben Analyse und Beschreibung der Situation klare politische Forderungen aufgestellt. Unser TOP damals und unser Auftrag für die kommenden Jahre lautete:

„Aktive Bekämpfung der Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen“. Meine Damen und Herren:

Die Zahlen der Betroffenen kennen wir. Die Behandelbarkeit psychischer Erkrankungen hat sich in den letzten 2 Jahrzehnten entscheidend verbessert. Aber dennoch, trotz hochpotenter

Pharmakotherapie, trotz umfangreicher verfügbarer Möglichkeiten zur ambulanten oder stationären Psychotherapie, trotz des Ausbaus der Rehabilitationsmöglichkeiten und des gewachsenen Verständnisses für psychische Erkrankungen in der Bevölkerung sind die Betroffenen, ihre Angehörigen und sogar die in der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung Beschäftigten subtilen und offensichtlichen Diskriminierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen ausgesetzt.

Als Stichworte nenne ich hier nur:

Mobbing in der Schule und am Arbeitsplatz; Leistungsausschlüsse bei Versicherungsgesellschaften und der PKV; Vorurteile gegenüber Erkrankten z. B. auf dem Wohnungsmarkt; Hemmschwellen der Betroffenen, sich zu outen und sich in Behandlung zu begeben...

Dies und viel mehr hat die Diskussion beim Deutschen Ärztetag beeindruckt und die Delegierten veranlasst, einen entsprechenden Forderungskatalog an Politik und Gesellschaft zu richten, aber auch selbst aktiv zu werden. Natürlich

waren auch mehrere der Forderungen eine Selbstverpflichtung der Deutschen Ärzteschaft. So ist die Bundesärztekammer noch 2006 Gründungsmitglied des „Aktionsbündnisses für Seelische Gesundheit“ geworden. Rund 60 Bündnispartner unter der Schirmherrschaft des BMG setzen sich seither – neben vielen anderen Aktiven und Initiativen – für die Belange von Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihre Familien ein. Einen wichtigen Auftrag und Arbeitsschritt unseres Bündnisses stellt das heutige Symposium dar, das nicht nur in der ärztlichen Öffentlichkeit, sondern auch in den Medien große Aufmerksamkeit hervorgerufen hat. National wie international stellt die Bekämpfung von Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch Erkrankter ein zentrales Ziel für deren Versorgung und Behandlung dar.

Ich hoffe und erwarte, dass wir mit unserer Tagung diesem Ziel ein kleines Stück näher kommen werden und danke nochmals allen Anwesenden für Ihre Mitwirkung und Ihre Teilnahme daran! □

Gemeinsam gegen Ausgrenzung

Referent: Prof. Dr. Wolfgang Gaebel,

Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit

Fast jeder Dritte leidet einmal in seinem Leben an einer behandlungsbedürftigen, psychischen Erkrankung. Rund zehn Prozent der Fehltage bei den aktiv Berufstätigen gehen auf diese Diagnose zurück. Dabei hat sich der Krankenstand in der Diagnosegruppe „Psychische und Verhaltensstörungen“ in den letzten 5 Jahren mehr als verdoppelt. Depressionen, Schizophrenien sowie Alkohol- und bipolare (manisch-depressive) Erkrankungen zählen mittlerweile zu den häufigsten Erkrankungen weltweit.

Trotz der zentralen Bedeutung der seelischen Gesundheit sind psychische Erkrankungen nach wie vor ein Tabu in unserer Gesellschaft. Die Diagnose „psychisch krank“ ist mit einem Stigma versehen, das schwerwiegende Folgen für den Krankheitsverlauf und die Lebensqualität der Betroffenen haben kann. Das Stigma psychischer Erkrankungen wird daher auch als „zweite Krankheit“ für die Betroffenen bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund wurde unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Gesundheit, Frau Ulla Schmidt,

MdB, das Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit gegründet. Rund 60 Bündnispartner beteiligen sich an dem bundesweiten Netzwerk, darunter Experten der Berufsgruppen des psychiatrischen Versorgungssystems, Betroffene und ihre Angehörigen. Initiiert wurde das Bündnis von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) und dem deutschen Antistigma-Verein Open the doors sowie mit Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit. Gemeinsam setzen sich die Bündnispartner für die Belange von Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihren Familien ein. Hinter dem Aktionsbündnis steht die Strategie der Vernetzung, um die gemeinsame Position der zahlreichen Initiativen zur Förderung der seelischen Gesundheit zu stärken und zusammen einen gesellschaftlichen Diskurs zur Enttabuisierung psychischer Erkrankungen anzustoßen.

Das Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit setzt sich ein für:

- die Förderung der seelischen Gesundheit in unserer Gesellschaft
- die Aufklärung über psychische Erkrankungen
- den Abbau von Ängsten und Vorurteilen
- den Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung der betroffenen Menschen
- die soziale und berufliche Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen
- eine positive Teilhabe der Betroffenen und ihrer Familien an unserer Gesellschaft

www.seelischegesundheit.net

Psychische Erkrankungen – Prävalenz und Diagnosen

Referent: Prof. Dr. Dr. Frank Schneider, DGPPN

Psychische Erkrankungen gehören zu den schwersten Erkrankungen mit einer erheblichen Belastung für Betroffene und Angehörige. In sozioökonomischen Betrachtungen wird in der Regel übereinstimmend festgestellt, dass psychische Störungen bereits jetzt zu den am stärksten beeinträchtigenden und teuersten Erkrankungen gehören. Des Weiteren herrscht weitgehende Einigkeit dahingehend, dass die Bedeutung psychischer Erkrankungen in Zukunft weiter zunehmen wird. So geht die Weltgesundheitsorganisation WHO in ihrem Burden of Disease-Projekt zumindest für die industrialisierten Länder davon aus, dass im Jahr 2030 fünf der zehn am stärksten das Leben beeinträchtigenden Erkrankungen aus dem Fachbereich der Psychiatrie kommen. Nicht zuletzt die mit der zu erwartenden Alterung der Bevölkerung in Industrieländern einhergehenden Krankheiten sind häufig psychischer Art, z. B. im Bereich von Demenzen oder depressiven Störungen.

Diesen Zustandsbeschreibungen und Zukunftserwartungen ist gegenüber zu stellen die anzunehmende Entwicklung der Finanzierung der Versorgung in der Psychiatrie, die Entwicklung des Nachwuchses in der klinischen und wissenschaftlichen Disziplin Psy-

chiatrie und nicht zuletzt die veränderten politischen Vorgaben z. B. in Hinblick auf die Reduzierung der Liegezeiten.

Ein kurzer Exkurs soll den Blick darauf lenken, dass möglicherweise eine Lösung der durch psychische Erkrankungen zu erwartenden gesundheitsökonomischen Belastungen aus dem Bereich der neurobiologischen Forschung erwartet werden darf. Eine genaue neurobiologische Charakterisierung von Diagnosen und eventueller Untergruppen kann z. B. zu einer verbesserten Vorhersagegenauigkeit im Hinblick auf das Ansprechen auf eine Medikation führen. Schon jetzt erlaubt es die funktionelle Bildgebung, unterschiedliche therapeutische Ansätze bei einer Erkrankung im Hinblick auf die initiierten plastischen neurobiologischen Veränderungen zu vergleichen und so eventuell in Zukunft erst zu modulierende Bereiche zu identifizieren und dann nachfolgend geeignete Therapien zu entwickeln.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Fach Psychiatrie und Psychotherapie eine Thematik von größter gesundheitspolitischer Relevanz bearbeitet und sich aktiv bereits jetzt auf die zu erwartenden zukünftigen Herausforderungen vorbereitet. □



Foto: Roba Press

Hilfe braucht Helfer.

Ärzte für die Dritte Welt e.V.
Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt am Main

www.aerzte3welt.de
Tel.: +49 69.707 997-0
Fax +49 69.707 997-20

Spendenkonto
488 888 0
BLZ 520 604 10

